

Neutraer Anzeiger

Ämliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Neutra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenschriften: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1,10 RM — Durch die Post bezogen 1,20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Neutra: Franz Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Volkshochschule: Leipzig Nr. 22 832

Die Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Preisblatt 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtsparkasse Neutra — Baubankverein Neutra.

Nr 141

Donnerstag, den 28. November 1929

42. Jahrgang

Ämliches Ergebnis des Volkszählens.

Die Eintragungen in den Wählerlisten.

— Berlin, 26. November.

Die nach den Feststellungen des Reichswahlprüfungsausschusses vorgenommenen 4 135 300 (gleich 10,02 Prozent) ungewissheithaft gültigen Eintragungen verteilen sich auf die einzelnen Wahlkreise wie folgt:

1. Ostpreußen 319 000 (23,79 Prozent)
2. Berlin 95 646 (9,21)
3. Potsdam 11 150 649 (10,16)
4. Potsdam 1 190 553 (15,00)
5. Frankfurt (Oder) 201 232 (19,05)
6. Rostock 385 737 (32,91)
7. Breslau 164 201 (13,31)
8. Cöln 109 943 (13,92)
9. Osnabrück 61 991 (7,53)
10. Magdeburg 181 437 (16,56)
11. Merseburg 174 341 (18,59)
12. Thüringen 241 978 (16,38)
13. Schleswig-Holstein 140 557 (13,53)
14. Weimar-Gen. 112 045 (11,71)
15. Oldenburg 134 532 (19,80)
16. Südniederrhein 143 739 (11,04)
17. Westfalen-Nord 59 581 (3,85)
18. Westfalen-Süd 51 159 (3,19)
19. Seltzer-Nassau 89 670 (5,45)
20. Rhein-Nachen 18 881 (1,31)
21. Koblenz-Trier 9916 (1,28)
22. Düsseldorf-Ost 29 370 (2,01)
23. Düsseldorf-West 35 412 (3,16)
24. Oberbayern-Schwaben 69 101 (4,29)
25. Niederbayern 19 522 (12,40)
26. Frankfurt 215 070 (19,27)
27. Weim. 601 639 (23,58)
28. Dresden-König 122 704 (13,45)
29. Leipzig 282 397 (8,98)
30. Chemnitz-Zwickau 198 449 (15,90)
31. Weim.-Mittelberg 110 546 (6,44)
32. Baden 33 008 (2,21)
33. Seltzer-Darmstadt 27 700 (3,03)
34. Hamburg 35 650 (4,02)
35. Mecklenburg 122 752 (20,86) — Insgesamt 4 135 300 (gleich 10,02 Prozent).

Die zweite Haager Konferenz.

Verhandlungen über die Streitpunkte.

— Berlin, 26. November.

Die beteiligten Reichsregierungen sind zurzeit damit beschäftigt, das Ergebnis der Arbeiten der Delegationsausschüsse zu prüfen. Von dem Bräutigungsbericht hängt es ab, über welche Angelegenheiten noch weitere Verhandlungen notwendig sind. Die Berichte über die Reichsbank, die Reichsbahn und die veränderten Einnahmen liegen den zuständigen Stellen vor; bei diesen Berichten wird es sich voraussichtlich nur darum handeln, daß die Weisungen der Kommission die endgültige Formulierung prüft. Das Sachverständigenkomitee tagt zurzeit noch und wird seine Arbeiten wahrscheinlich Ende dieser Woche beenden. Aber die Personenbeziehung der Internationalen Bank findet zurzeit eine unvorläufige Fällungnahme statt.

Bei dem Komitee zur Liquidierung der Vergangenheit sind eine Anzahl sehr wichtiger Streitpunkte unerledigt geblieben. Dabei handelt es sich nicht nur um die Reparationen und nicht nur um die Fragen des deutschen Gegenstands, sondern es sind weitere Fragen offen geblieben, die vor oder auf der Haager Konferenz geklärt werden müssen. Die deutsch-englischen Differenzen werden zurzeit zwischen den beiden Regierungen verhandelt, und es ist nicht ausgeschlossen, daß sich die Weisungen der Sachverständigenkommission der deutsch-englischen Seite voranschreiten wiederum Ministerialdirektor Gaus zum Auswärtigen Amt angehören wird, mit diesen Fragen beschäftigt.

Im Zusammenhang mit diesen Problemen wird in politischen Kreisen sehr lebhaft das Schicksal des deutsch-polnischen Vereinbarungsvertrages erörtert. Es sind gegen diesen Vertrag eine Reihe sehr harter Bedenken bei allen Parteien laut geworden, insbesondere darüber, ob hier wirklich ein Ausgleich der Gegensätze statgefunden hat. Die Entscheidung der liquidierten Reichsdeutschen belastet die Weisungen sehr wesentlich, und so sehr auf der anderen Seite nationalpolitisch der polnische Bericht auf das Weisungsbüro bezieht wird, so wird bezweifelt, ob die neueste polnische Erklärung genügen kann, um den deutschen Bauern in Polen die weitere Existenz ungehindert zu ermöglichen. Das Auswärtige Amt wird zweifellos bei den Verhandlungen des Auswärtigen Ausschusses einen leidenschaftlichen Stand haben. Es werden insbesondere die Zusammenhänge dieses Vertrages mit dem Young-Plan zu prüfen sein.

Reichsfänger und Fraktionsführer.

Parlamentarische Behandlung der außenpolitischen Fragen.

— Berlin, 27. November.

Der Reichsfänger hatte eine eingehende Befragung mit den Fraktionsführern des Reichstages über die parlamentarische Behandlung der zurzeit aktuellen außenpolitischen Fragen. Es ist danach nicht anzunehmen, daß im Munde des Reichstages in nächster Zeit große außenpolitische Ausreden stattfinden werden. Auch der Reichsausschuss Dr. Curtius wird vermutlich im Reichstag vorläufig nicht sprechen.

In der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages machte der Vorsitzende, Abgeordneter Scheidemann (Soz.), den Vorschlag, die Tagesordnung infolgedessen zu ändern, daß zunächst nur die Verhandlungen im Haag besprochen werden sollen und die Punkte als besondere Verhandlungspunkte danach zur Erörterung gestellt werden soll. In diesem Sinne befragte der Ausschuss, Herrmann erklärte, der Reichsminister der Auswärtigen, Dr. Curtius, einen sehr lauten Bericht über die Haager August-Konferenz und die weitere Entwicklung der Arbeiten zur Vorbereitung der Schlusskonferenz. Die Ausrede wurde durch umfangreiche

trifflige Verhandlungen des Abgeordneten Graf Westarp (Zent.) eröffnet. Als weitere Redner sprachen zunächst Abgeordneter Freyher von Reichenau (DVP) und Abgeordneter Eisler (Komm.).

Ostpreußen — Reichsland?

Königsberger Redebeiträge.

— Königsberg, 27. November.

Der kürzlich in der „Berliner Börsenzeitung“ erschienene Artikel „Ostpreußen — Reichsland“ aus der Feder eines in hoher verantwortungsvoller Stellung befindlichen Ostpreußen hat in der Königsberger Presse einen lebhaften Widerhall gefunden. In dem Artikel wurde die Frage aufgeworfen ob es im Hinblick auf die besondere Rolle Ostpreußens und die unzureichende Ostpreußen nicht angebracht wäre, daß Ostpreußen von seinem verfassungsmäßigen Recht Gebrauch mache, sich aus dem preussischen Staatsverband zu lösen und sich als Land im Sinne der Reichsverfassung erklären zu lassen (etwa ähnlich wie früher Elsaß-Lothringen).

Die „Königsberger Allgemeine Zeitung“ rückt von diesem Vorschlag ab und bezeichnet eine derartige Voraussetzung Ostpreußens nicht nur als gegen den Sinn aller Ueberlieferungen gerichtet, sondern auch als ein mehr als unnützes Experiment, das auch vom außenpolitischen Standpunkt bedenklich sei. Eine eingehende Stellungnahme bezieht sich jedoch das Blatt nicht vor.

Von der „Hartungischen Zeitung“ und von der „Königsberger Volkszeitung“

wird dieser Vorschlag ganz entschieden abgelehnt.

Die „Düppelische Zeitung“

nimmt in einem längeren Leitartikel dazu Stellung und schreibt u. a., man werde dem Verfasser des Artikels „Ostpreußen — Reichsland“ ohne weiteres Recht darin geben müssen, daß die Ostpreußenfrage gänzlich negativ verstanden sei, vor allen Dingen aber darin, daß sie durch die politische Einstellung der Reichsregierung, gegenüber Ostpreußen überhaupt nicht gehandelt werden könne. Ohne sich mit dem Plan zu identifizieren — aus grundsätzlichen Erwägungen lehnt es sich in dieser Form ab — erklärt das Blatt jedoch, daß die Grundgedanken des Artikels in der „Berliner Börsenzeitung“ durchaus richtig sei.

Rücktritt des belgischen Kabinetts.

... und die Haager Konferenz?

— Brüssel, 27. November.

Das belgische Kabinet ist zurückgetreten.

Durch den Rücktritt des Kabinetts Japart ist eine sehr schwierige Lage geschaffen worden. Man rechnet damit, daß die Krise sehr lange dauern und den Beginn einer Zeit großer Schwierigkeiten und Gefahren für den Bestand des Staates bringen wird. Wallonen und Flamen werden in einen erhöhten Kampf eintreten. Die Flamen werden mit aller Energie ihre Sprachforderungen verteidigen. Dadurch wird eine Lösung der Krise besonders schwierig. Es läßt sich nicht erkennen, was für eine Regierung an die Stelle des Kabinetts Japart treten soll. Die Auflösung der Kammer liegt durchaus im Bereich der Möglichkeit.

Infolge der Krise wird Japart auch die Präsidenschaft der Haager Konferenz niedersetzen. Es ist zweifelhaft, ob die neue Regierung so rechtzeitig gebildet ist, daß die Einberufung der Haager Konferenz, die jetzt dem neuen belgischen Ministerpräsidenten vorbehalten bleibt, keine unbedingte Verzögerung erleidet.

Ein Weg zur Verständigung?

Britische Note in der Eigentumsfrage.

— London, 27. November.

Die britische Regierung hat im Hinblick darauf, daß die alliierten und deutschen Sachverständigen des unter dem Youngplan eingeleiteten Ausschusses zur Liquidierung der Vergangenheit sich über die mit der Frage des deutschen Eigentums zusammenhängenden Fragen nicht einigen konnten, beschloßen, in direkte Verhandlungen mit der deutschen Regierung einzutreten.

Man hoffte, daß vor dem Zusammentritt der Haager Konferenz ein Abkommen erreicht werden könne, das den Interessen des britischen Steuerzahlers Rechnung trage, auf der anderen Seite aber auch in Deutschland in gewisser Weise befriedige. Der deutschen Regierung sei daher eine schriftliche Darlegung des britischen Standpunktes unterbreitet worden, zusammen mit einer genauen Aufzeichnung der Zugeständnisse, die von ihr erwartet werden könnten. Auf diesen Schritt hin wurde zurzeit die Antwort der deutschen Regierung erwartet.

Rußlands Wortbruch.

400 deutsche Kolonisten zwangsweise nach dem Kaufhaus geschafft.

— Moskau, 26. November.

Die DGBL hat 400 deutsche Kolonisten festgenommen und sie wieder nach dem Kaufhaus abtransportiert. Den Festgenommenen wurde erklärt, daß die Sowjetregierung keine Möglichkeit habe, ihnen Auslandspässe auszugeben.

Die Sowjetregierung hat weitere Schritte für die Auflösung der individuellen Bauernwirtschaft in der wolgadeutschen Republik unternommen. Wie ersichtlich geworden wird, erklärte Kollontaj, der Vorsitzende einer höheren Regierungskommission, die sich zurzeit in Krasnodar befindet, daß die Auflösung der individuellen Bauernwirtschaft in der wolgadeutschen Republik hätten sich bereit erklärt, eine Kollektivbauernwirtschaft zu gründen. Mit dieser Maßnahme der Regierung hat sich Kollontaj in der Lage der deutschen Kolonisten, die beschloßen haben, in der Sowjetunion zu bleiben, weiter verschlechtert.

Der Rücktransport geht weiter.

Nach Moskau Meldungen sind die Bemühungen der deutschen Kolonisten in Moskau, die Lage der deutschstämmigen Kolonisten zu erleichtern, vollständig ergebnislos verlaufen. Die DGBL hat mit dem vollen Einverständnis des Kaufhauskommissars der Sowjetunion mehr als 1300 deutschstämmige Kolonisten aus Moskau ausgewiesen. Sie werden nach den alten Heimatländern zurückgebracht. Der Rücktransport erfolgt in Güterzügen zu je 200 Menschen in einem Zuge.

„Gegen den roten Imperialismus.“

Aufruf zum Kampf gegen Moskau.

— Peking, 27. November.

Die Regierung hat an das chinesische Volk einen Aufruf erlassen, in dem sie dazu auffordert, sofort den Bürgerkrieg einzuleiten und sich zur Verteidigung gegen den roten Imperialismus zu vereinigen. Die chinesische Regierung wurde mit Russland in lange keine Verhandlungen aufgenommen, als sich noch russische Soldaten auf chinesischen Gebiet befanden.

Unter Vorbehalt Tischangtafelts fand eine Kabinetts-Sitzung statt, die sich mit der russischen Offensive beschäftigte. General Tischangtafelts verlangte durch seinen Vertreter, daß mit Moskau sofort Verhandlungen aufgenommen und die russischen Forderungen, die in der Note vom 31. Mai aufgeführt worden seien, angenommen würden. Tischangtafelts erklärte, wenn die chinesische Regierung die russischen Forderungen erfüllt, so heiße das, daß China in seinem Kampf für die Selbstständigkeit vollkommen die Waffen getrennt habe. Auf dieser Grundlage könne sich die chinesische Regierung mit Russland nicht verständigen. Es würden dann auch die Verhandlungen über die Abschaffung der Exterritorialität in China zusammenbrechen. Die Beschlüsse des chinesischen Kabinetts sind noch nicht bekannt.

Wirklungen des Bannstrahls.

Buharin, Aytow und Tomski unterworfen sich.

— Moskau, 27. November.

Buharin, Aytow, Tomski und Aytow haben dem Zentralkomitee der russischen kommunistischen Partei eine Erklärung übermittelt, in der sie darauf hinweisen, daß seit anderthalb Jahren zwischen ihnen und der Mehrheit des Zentralkomitees in tatsächlichen und politischen Fragen Meinungsverschiedenheiten bestanden hätten. Ihre Anschauungen hätten sie in einer Reihe von Schriften und in Vorträgen des Zentralkomitees und der Zentralkontrollkommission vertreten.

Annahme hielten sie es für ihre Pflicht, zu erklären, daß in diesem Streit die Partei und das Zentralkomitee im Recht gemein seien. Sie von ihnen vertretenen Anschauungen seien falsch gewesen. Jetzt, wo alle Kräfte mit der Partei die Vereinigung von der Generallinie zu kämpfen und in erster Linie den Kampf gegen die Rechtsopposition aufzunehmen, um alle Schwierigkeiten bei dem sozialistischen Aufbau aus dem Wege zu räumen.

Milliardenkredite — in Frankreich.

Der Plan für die nationale Ausrichtung.

— Paris, 27. November.

Zu dem vom Ministerpräsidenten und dem Finanzminister der Kammer vorgelegten Gesetzentwurf über die französische nationale Ausrichtung wird betont, daß dies das erste Mal nach dem Kriege, daß die französischen Finanzen es erlauben, einen festen Plan für die nationale Ausrichtung im Voraus festzulegen.

Der Plan sieht in erster Linie einen Kredit von 300 Millionen Franken für besonders gefährdete Landwirte vor, während 300 andere Millionen für die laufenden Vorkäufe an Brotgetreide und kommunale Sachen zur Verfügung gestellt werden sollen. 450 Millionen sind für die Instandsetzung der großen kanalischen Wege vorgesehen und 150 Millionen für Wege weiterer Erbauung in der Provinz. Der größte Teil des übrigen Geldes soll zur Verbesserung und zum Ausbau des Telefonnetzes verwendet werden, während ein anderer, nicht zu unterschätzender Betrag zum Ausbau des Kraftwerksnetzes und zur Verbesserung der allgemeinen sozialen Lage der Bevölkerung Verwendung finden wird. 30 Millionen Franken sind außerdem für die Auslegung von Sportplätzen vorgesehen.

Der Landtag tagt wieder.

Schluß von Goslar.

— Berlin, 27. November.

Der Preussische Landtag nahm seine Kollationen wieder auf. Präsident Barthelemy gedachte zunächst des Ablebens der Zentrumsabgeordneten Frau Bachem und leitete dann mit, daß der Abgeordnete Dr. Vorhoff (Ztr.) aus gesundheitsbedingten Rücksichten sein Amt als Vizepräsident niederzulegen habe. Er widmete dem scheidenden Vizepräsidenten im Namen des Landtages Worte des Dankes.

In Erledigung der Tagesordnung wurde sodann zunächst ein Antrag des Hauptauschusses angenommen, wonach für den Bau einer Wasserleitung im Kreise Lortz im Jahre 1930 staatliche Mittel in Höhe von 300 000 Mark als Beihilfe zur Verfügung gestellt werden sollen.

Eine Ausprache wurde in allen Lehungen und in der Schlußabstimmung der Gelekturzeit, das Reglement für den sächsischen Kreis wegen der bei Brandstiftungen der Untertanen zu leistenden Hilfsfahrten vom 3. Januar 1798¹ aufgehoben, angenommen.

Darauf wurde die Ausprache über den Goslarer Schulfall,

die in der letzten Kollation des Landtages am 24. Oktober unterbrochen worden war, fortgesetzt. Abg. Dr. Bohner (Dem.) erklärte, daß man von dem neuzeitlichen Unterricht verlangen könne, daß solche Massenschichtungen wie die Goslarer Vorkälle nicht vorkämen. Abg. Sellert (Ztr.) (WZ) betonte, seine Fraktion bilde die Jugendfrage von Goslar nicht, glaube aber, daß ihre Ursache in der unzureichenden Art und Weise des Farbenwechsels beim Zusammenbruch zu suchen sei. Ein Antrag des Abg. Ghrke (Ztr.) (WZ) (Dem.), den Kultusminister herbeizuführen, wurde angenommen, da die Regierungsvertreter, die dagegen stimmten, nur schwach im Saale vertreten waren. Ministerdirektor Dr. Jahnke vom Kultusministerium enthielt sich der Minister, der durch Teilnahme an einer Kabinetsitzung an der persönlichen Anwesenheit im Saale verhindert sei.

Alle Ministerialdirektoren Dr. Jahnke sah zu seinem Platz auf der Regierungsbank zurückgehen, wozu Abg. Sante (Nat.-Soz.) mit einer Papierfuge nach ihm, was den sofortigen Ausschluß dieses Abgeordneten von der Sitzung zur Folge hatte.

Abg. Dr. Wonnig (Dt. Kr.) meinte, daß das Ministerium bei den Goslarer Vorkällen Mißbrauch amtlicher Macht getrieben habe. Abg. Sante (Nat.-Soz.) betonte, der Vorkall, wegen dessen der Abg. Sante ausgeschlossen sei, sei dem Ministerialdirektor Jahnke provoziert worden. Abg. Dele (Ztr.) bezeichnete es als unzulässig, daß der Minister die Lehrer für alles verantwortlich machen wolle, was die Schüler lernen, denken und tun. Abg. Ghrke (Ztr.) erklärte im Falle Goslar habe der Kultusminister seinen einzigen Revers betritt antreten können, daß das Lehrerkollegium irgendeine das Verhalten der Schüler verurteilt habe. Abg. Freile (Dt. Kr.) gab der Forderung Ausdruck, daß in der Ausschlußberatung der vorliegenden Anträge ein Ausgleich gefunden werde, der den Interessen Goslars und der betroffenen Lehrerschaft Rechnung trage.

Damit war die Ausprache beendet. Die Anträge wurden dem Untersuchungsausschuß überwiegen. Das Haus ging dann über zur ersten Beratung des Städtebaugesetzes.

Sozialdemokraten für Verfassungsreform.

Die Reichskonferenz der österreichischen Sozialdemokratie. Wien, 26. November.

In der tagelangen sozialdemokratischen Reichskonferenz berichtete Abgeordneter Danneberg, der für die Opposition bei den Verhandlungen mit Bundeskanzler Schober über die Verfassungsreform gestimmt hat, über diese Verhandlungen. Nach dem Bericht Dr. Dannebergs enthält die Verwaltungsverfassung

zum Teil Bestimmungen, die erwünscht seien und insbesondere die Interessen der Demokratie nicht berühren, andererseits aber auch Bestimmungen, die unannehmbar seien. Hierzu gehörten die

Bestimmungen über den Ausnahmezustand, über das Recht des Bundespräsidenten, die Parlamentsaufhebung zu erklären, und jene Bestimmungen, die dem Lande Wien die Stellung eines vollberechtigten Bundeslandes nähmen; schließlich noch Bestimmungen, die in der Fassung der Regierung unannehmbar seien, denen aber in veränderter Form zugestimmt werden können.

Die Ausführungen Dannebergs richteten sich im allgemeinen nicht gegen die Vorlage, wenn er auch betonte, daß an der gegenwärtigen Stellung Wiens nicht getastet werden dürfe.

Die Reichskonferenz genehmigte einstimmig den Bericht Dr. Dannebergs, ohne einen besonderen Beschluß zu fassen. Die sozialdemokratische Partei wurde ermächtigt, unter der Bedingung, daß

der Inhalt der Vorlage sich innerhalb dieses Rahmens bewege, der Verfassungsreform zuzustimmen. Die bisher den Verhandlungen über die neue Verfassungsreform erzielten Vereinbarungen werden Dienstag dem Ausschuß des Nationalrates vorgelegt werden.

Neue Sitzungen der Reichsbahn.

Der Entwurf des Pariser Ausschusses.

— Paris, 27. November.

Der Pariser Reichsbahnausschuß bringt unter anderem auch die wesentlichen Kaufungen der Sitzungen der Gesellschaft. Darin heißt es u. a.: Paragraph 11: Verwaltungsrat. 1. Der Verwaltungsrat besteht aus 18 Mitgliedern. 2.

Die Mitglieder werden von der Reichsregierung ernannt. Paragraph 12: Die Mitglieder des Verwaltungsrats müssen erfahrenen Kennen des Wirtschaftslebens oder öffentlichen Sachverständigen sein (Die Einschränkung, daß die Mitglieder nicht dem Reichs- oder Staatsrat angehören, wird durch den Zusatz beseitigt, daß die Mitglieder nicht dem Reichs- oder Staatsrat angehören). Paragraph 13: Am Ende eines jeden Geschäftsjahres werden 6 Mitglieder aus dem Verwaltungsrat ausgeschieden. Die Ausscheidenden können wieder ernannt werden. Paragraph 14: Der Präsident des Verwaltungsrats wird jährlich zu Beginn des Geschäftsjahres vom Verwaltungsrat nach Zustimmung mit der Reichsregierung gemäß mit einer Mehrheit von dreizehn Stimmen ernannt.

Die Wahl bedarf der Zustimmung des Reichspräsidenten. Paragraph 15: Außerordentliche Sitzungen sind anzuberufen, wenn mindestens 6 Mitglieder oder der Präsident des Verwaltungsrats oder die Reichsregierung die Einberufung schriftlich beantragen. Der Reichspräsident kann an den Sitzungen teilnehmen oder für vertreten lassen. Die Verhandlungen sind öffentlich. Die Verhandlungen sind öffentlich. Die Verhandlungen sind öffentlich.

beantragen. Der Reichspräsident kann an den Sitzungen teilnehmen oder für vertreten lassen. Die Verhandlungen sind öffentlich. Die Verhandlungen sind öffentlich. Die Verhandlungen sind öffentlich.

Die Verhandlungen sind öffentlich. Die Verhandlungen sind öffentlich. Die Verhandlungen sind öffentlich. Die Verhandlungen sind öffentlich. Die Verhandlungen sind öffentlich.

Die Verhandlungen sind öffentlich. Die Verhandlungen sind öffentlich. Die Verhandlungen sind öffentlich. Die Verhandlungen sind öffentlich. Die Verhandlungen sind öffentlich.

Aus dem In- und Auslande.

Der Rechtsausfluß des Reichstages.

Berlin, 27. November. Im Rechtsausfluß des Reichstages fand die zweite Lesung des Gelekturgesetzes über die Regelung älterer staatlicher Renten statt. Von den Regierungsparteiern wurden dem Ausschuss Kompromißanträge vorgelegt, die das Gesetz in den Aufwärtigen und Abwärtsigen umgestalteten. Reichsjustizminister von Gumbert erklärte, daß die Reichsregierung trotz gewisser Vorbehalte gegen die vorliegenden Anträge das Zulassen des Gesetzes auf dieser Grundlage lebhaft begrüßen werde.

Urantrag zum Volksentscheid.

Berlin, 27. November. Der preussische Landtag ist ein Antrag der deutschen Fraktion zugegangen, worin die Staatsregierung erwidert wird, angeht das bevorstehende Volksentscheid über das Freizügigkeitsgesetz jede Maßnahme zu unterlassen, die eine Erziehung der Abstammung oder eine Einschneidung auf gewisse Wählerkreise darstellt oder als solche gedeutet werden könnte, insbesondere der Beamtenliste ausdrücklich bekannt zu geben, daß niemandem aus seiner Abstammung ein Nachteil erwachsen solle.

Die Vorbereitungen für den Volksentscheid.

Berlin, 27. November. Der Reichsminister des Innern hat die Landesregierungen durch Rundschreiben ermahnt, die Gemeindebehörden anzuweisen, unerzählig mit der Auslegung der Stimmzettel und Stimmlisten für einen Volksentscheid am 22. Dezember zu beginnen. Die Vorbereitungen sollen so beschleunigt werden, daß die Stimmzettel am 8. bis 15. Dezember zur allgemeinen Einsicht ausgestellt werden können. In den Ländern, in denen erst kürzlich Landtags- und Kommunalwahlen stattgefunden haben oder noch vor dem Volksentscheid stattfinden werden, wo also die Stimmzettel und Stimmlisten lediglich auf den Sonntag des 22. Dezember zu berechtigen und zu ergänzen sind, wird die Auslegungsfreit nach den Vorschriften der beteiligten Landesregierungen bemessen werden.

Die Reichsratsfassung verlag.

Berlin, 27. November. Die Sitzung des Reichsrates, in der u. a. das neue Reichsjustizgesetz verabschiedet werden sollte, ist auf Donnerstag mittags 12 Uhr verschoben worden, da die Ausschüsse ihre Arbeit noch nicht abgeschlossen haben.

Die Beratung des auswärtigen Ausschusses.

Berlin, 27. November. Der auswärtige Ausschuß des Reichstages legte seine Beratungen fort. Es sprachen nach die Abgeordneten Dornberg (Dem.), Wilska (Ztr.) Freizügigkeit (Soz.), von Freytag-Loringhoven (Dn.), Dr. Schne (Ztr.), Volkspartei), David (Soz.), Dr. Bredt (Wirtschaftspartei). In der Ausprache nahmen die Reichsminister Dr. Hilferding, Dr. Wirth, Dr. Stegerwald, sowie nochmals Dr. Curtius das Wort. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Aufhebung des 9. November als Feiertag.

Dresden, 27. November. Der sächsische Landtag nahm in seiner Dienstsitzung die Regierungsvorlage über die Aufhebung des 9. November als gesetzlichen Feiertag mit 47 Stimmen der Rechten gegen 44 Stimmen der Sozialdemokraten, Altkonservativen und Kommunisten an. Es folgt noch eine dritte Lesung, die aber kein anderes Ergebnis zeitigen wird.

Der deutsche Volksjaher wieder in Moskau.

Moskau, 27. November. Der deutsche Botschafter v. Dürren ist wieder in Moskau eingetroffen. Er wurde von Vertretern der Sowjetregierung, der deutschen Botschaft und der deutschen Kolonialverwaltung empfangen. Er hatte eine Unterredung mit Litwinow. In dieser Unterredung wurde ausschließlich die Frage der Auswanderung der deutschen Kolonialisten behandelt.

Amerikanisches Kapital für Palästina.

London, 27. November. Einer Washingtoner Meldung zufolge wurde in einer Ausschlußsitzung führender amerikanischer Juden in Washington beschlossen, eine amerikanische Gesellschaft zur Investierung von Kapitalen in Palästina zwecks Förderung der Wirtschaftsentwicklung zu gründen. Der Vorsitzende Felix H. Warburg wurde ermächtigt, einen Ausschuß zur Ausarbeitung eines Planes einer solchen Gesellschaft zu ernennen, der innerhalb von drei Monaten Bericht erstatten soll.

Aus der Umgegend.

Nebra, 28. November.

Aus der Stadterweiterung. Herr Bürgermeister Etzmann hat das ihm durch einmütigen Wahl der Stadterweiterung angebotene Bürgermeistertum der Stadt Nebra angenommen und nach Übernehmen mit dem Nebraer Stadtrat über die Zustimmung der vorgelegten Vorlage wird am Ende dieses Monats der Anstellungsvortrag mit der höchsten Stadt gefaßt. Wie wir hören, wird Herr Etzmann mit seiner Familie bereits Ende dieser Woche Nebra verlassen. Nur etwa sechs Tage hat das Nebraer in den besten Jahren lebenden Mannes an der Spitze unserer Stadterweiterung gewährt, aber diese wenigen Jahre hinterlassen nachhaltige Spuren einer Tat- und Willenskraft, die für unsere Stadt bezeichnend sind. Erst spätere Zeiten werden im Beweis und die Erkenntnis bringen, daß die kurze Amtszeit des Bürgermeisters die Stadt weiter vorwärts gebracht, ihr Nebra nach außen hin erweitert hat, als mancher ihrer Vorgänger dies in einer langen Amtsperiode nicht zu erreichen vermochte. Und dies alles in einer Zeit allgemeiner schwerer Wirtschaftskrisen, die auf unser Nebra nicht verschont. Man denke nur zurück! Was ist in dieser Zeit nicht alles geschehen?

Die Erweiterung der Obstplantagen, Schaffung des einseitigen Arbeiterdenkmals, der Ausbau des Marktplatzes, die Umwandlung des alten Friedhofes in eine freundliche Parkanlage, Ausbau des Rathauses, Schaffung eines würdigen Heimes für die Stadtpolizei, soziale und friedliche Abwicklung der Gemeindefragen, umfangreiche Pflanzungen der Straßen und Kanalisationsbauten, auch die Schaffung des Städtischen Friedhofes und vieles andere hat zu werden. Das die Erhaltung des Amtsgerichts und der Haushaltungsfähigkeit für die Stadt Nebra zum großen Teile der schaffenden Betretung der städtischen Interessen durch unser Stadterweiterung zu verdanken ist, dürfte wohl allgemein bekannt sein. Das wird alles mit den zur Verfügung stehenden geringen Geldmitteln nicht zu bestreiten sein, vielmehr auch Anleihen aufnehmen müssen, ist selbstverständlich. Anmerken aber ist es dem Bürgermeister gelungen, namhafte Beträge für seine Nebra aus Kreis- und Staatsmitteln zu erhalten, die dem Wirtschaftsleben der Stadt zugute kamen. Wie nun überall, wo die Mittel knapp sind, die Meinungsvorliebenheiten sich verschärfen, ja, schon in der kleinsten Gemeinschaft, in der Ehr, der Frieden und das Zusammenarbeiten einen Stolz erleidet, wenn die Frau um das Wirtschaftselbsteilung muß, so kam es auch bei uns in Nebra zwischen Bürgermeister und Stadtrat. Man ließ sich auf der einen Seite die geschehenen Vorkommnisse gar gut gefallen, andererseits aber sonstige Gebühre und jeher über die Zeiten, die jedoch nicht nur in Nebra, sondern allwärts umlagert zu werden beginnen. Nebenfalls erhielt die bis noch vor kurzem legerische Zusammenarbeit innerhalb der städtischen Körperlichkeiten einen Stolz, der von den Bürgermeistern sowohl wie vom Bürgermeister anerkannt empfunden wurde und in letzterem den Entschluß reifen ließ, sich um einen anderen Wirtschaftsfreier zu bemühen. Sein numerisches Arbeitsfeld wird der Zutrakt des städtischen Mannes nach Gelegenheit zur Vermittlung neuer Ideen bieten können, als unter seines Kandidaten und wir dürfen schon heute voraussehen, daß die Nebraer Stadterweiterung in der Wahl ihres Stadterweiterung seine Enttäuschung erfahren werden. Sein Arbeitsfeld wird durch die Befähigung der städtischen Einflüsse anderer kleinen Städtchen zu einengen und ebenfalls eine Hemmung voraussehen, aber es ist doch in der einstigen, großen Mehrheit der Bürgerschaft der gute Wille für eine gerechte Abwicklung der Amtstätigkeit des scheidenden Stadterweiterung vorhanden und deren Wünsche begleiten Bürgermeister Stadtrat und seine Familie zu der von den Wahlen der Diffe imbrachten pommerischen Hilfe. Woge auch er unter Nebra in bestem Ansehen behallen.

Wiedererhebung. Das für kurze Zeit in Nebraen gastierende Straßburger Bad Frankenthalen beschäftigt, auch in Nebra einige Gastspiele zu geben. Es eröffnet seine Spielzeit mit dem weltbekannten Schachoperette „Der Soldat der Marie“, die durch ihre humorvolle Handlung das Publikum nicht aus dem Saden kommen läßt. Die Operette hat auch einen schönen Melodienreichtum, wobei jeder Theaterbesucher auf seine Kosten kommt. Es geht der Gesellschaft ein guter Ruf voraus und daher ist mit einer wirklichen guten Vorstellung zu rechnen.

Wiedererhebung. Am kommenden Sonntag findet in Nebraen in der „Weintraube“ eine Zusammenkunft der ehemaligen Angehörigen des Inf.-Regts. 155 sowie der aus diesem Regiment hervorgegangenen Reservistenoffiziere statt. Die Zusammenkunft wird diesmal besonders interessant werden durch einen Vortrag des Herrn Lehrer Albrecht über seine Einbrüche bei einer Fahrt über die Schlachtfelder. Alle ehemaligen 158er aus Nebraen und Umgegend werden zu diesem Wiedererhebungstage am Sonntag nachmittag erwartet.

Das Mitteldeutsche Landestheater des Verbandes der deutschen Volkshilfsvereine in Halle eröffnet seine sechste Spielzeit mit Hermann Schöns „Gandava“ in der Inszenierung von Direktor Hermann Lange. Anfolge der planmäßigen Arbeitweise dieser Bühne hielt sich „Gandava“ von Mitte September bis Ende Oktober auf dem Spielplan. Im ganzen wurden bisher noch folgende Stücke herausgebracht: „Eris“, „Waispiel von Ein König“, „Weihnachten“ von Schönbörner und „Geographie und Liebe“ von Wijnfen. (Zusammenfassung: Oberregisseur Dr. Bacher.)

Straßenbau. Wie bekannt, soll die Wiehe-Weinbörner Straße in den nächsten Jahren zur Provinzialstraße ausgebaut und in Richtung Wiehe—Wohlfahrt—Wernsdorf zur Straße verlängert werden, um einen kürzeren und bequemen Legerang über die Nebra nach Nebra und Namburg zu gewinnen. Die jetzigen Straßenverhältnisse sind namentlich in dem Winkel östlich Wiehe zur Zeit durch das Nebelwetter äußerst schlecht, und dies ist bei der Zeit, daß auch dieses Gebiet mehr und mehr dem Verkehr erschlossen wird.

Aufhebung der 50-Fennigstücke aus Umlaufvermögen. Auch der vom Reichsminister der Finanzen erlassenen Verordnung über die Aufhebung der gelben Fennigstücke und Reichsfennigstücke aus Umlaufvermögen gelten diese Stücke, wie bereits gemeldet, vom 1. Dezember d. Js. ab nicht mehr als gesetzliches Zahlungsmittel.

Arten. Nach bestandenen Gramen hatte der 13jährige Sohn Carl des verstorbenen Bürgermeisters Körnerden keine Freunde zu einer kleinen Feiertag eingeladen. Auch Weinigung des gemächlichen Beschlusses begleitete er seine Freunde die Treppe hinauf und setzte sich dabei auf das Treppengeländer, um herunter zu rutschen. Hierbei verlor er das Gleichgewicht und stürzte mit dem Kopf zuerst durch zwei Stockwerke den Hausflur hinunter. Mit gebrochenem Genick blieb er betnimmungslos liegen und wurde dem Krankenhaus zugeführt, wo er, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, gestorben ist.

Bedrungen. Die Kirchenbeamtenstelle — genannt Kantorstelle — welche früher Herr Pastor Kaulchen innehatte, ist Herrn Lehrer Fugmann übertragen worden. Mit diesem Amt ist die Leitung des Kirchenschores verbunden.

Sangerhausen. Am Sonnabend vormittag in der gebührenden Besichtigung die 62jährige Ehefrau des Ortsbauamten H. Fröning im Krankenhaus in der Städtischen mit Fröhlichkeit in ihrer im ersten Stadium gefahrenen Wohnung. Sie verlor, als sie auf dem Feuerherd stand, das Gleichgewicht und stürzte auf den gepflasterten Hof. Bei dem Sturz zog sich Frau Fröning einen Bruch der Schenkelhalsfraktur zu, die nach dem Verfall und erst nach mehreren schweren Operationen. Die Behandlung wurde, nachdem sie im Laufe ärztliche Notfälle geleistet war, ins Krankenhaus gebracht worden, wo sie in sehr bedenklichem Zustande darzubereitet.

Wallaufen. Ein gefahrloser Ansturmungslohn ereignete sich Freitag nachmittag gegen 1/8 Uhr am Eingang von Goldenstein in Richtung Sangerhausen. Infolge schärflicher Straße und dichten Nebels stieß an der genannten Stelle ein Volkstruppen mit einem Personentruppen zusammen. Während sich in dem Dunst die beiden Volkstruppen befanden, wurden von den Truppen des anderen Volkstruppen ein Mann und ein Kind durch Schuttturmbau im Gesicht

erheblich verlegt. Dr. Stange, Meißel, leistete die erste Hilfe; die Wundheilung wurde dann dem Krankenhaus Geleisen zugewiesen.
Sondershausen. Der 70jährige Daubner Hermann Wenzel aus dem benachbarten Fria trug heute beim Nachhausegehen infolge starken Nebels in die Wipper und ertrank.

Emtrirra. Vor wenigen Wochen hatte man hier eine junge Mutter zu Grabe getragen. Am 1. und 2. des kommenden Monats folgten auch die zwei 8- und 9-jährigen Kinder dem Begräbnis. Vor einigen Tagen erkrankte die beiden Kinder nicht in der Schule. Der Vater ließ im Gartenfeld nachfragen, doch dort waren die Kinder wie sonst auf den Schlingen gegangen. Ein Tag später — doch bald fand man die beiden Kinder auf dem Friedhof, vor dem Grabe der Mutter liegend, in dessen Erde sie mit ihren kleinen Hündchen wühlten. Die vielen verwesten Stränge hatten die Kinder fortgeschleppt. „Wir wollen unsere Mama wiederholen“ war ihre unter Eränen gegebene Antwort auf die Frage, was sie hier tun wollten. Gefährtet im tiefsten Herzen fanden die Erntediensten vor dieser Szene und es gelang nur mit viel Hilfe, die Kinder davon zu überzeugen, daß ihre Mama nicht mehr dort unten sei, sondern droben im Himmel, und daß man von dort keinen Menschen zurückholen könne.

Schiffbau. Das Eisenwerk auf Abbruch verkauft. Vor einigen Wochen wurde das Eisenwerk durch die Stadt an einen Privatmann verkauft. Allgemein wurde nunmehr angenommen, daß das Werk wieder in Betrieb genommen werden wird. Der Verkäufer hat es an einen Berliner Maschinenbau verkauft. Man ist nun damit beschäftigt, sämtliche Maschinen herauszureifen und zu verkaufen. Die gebaute Maschinenhallen, Kesselhaus, Montagehallen sind auf Abbruch verkauft. Mit dem Wiedererleben in bereits begonnen. Für die Stadt bedeutet dies einen schönen Reibst. Da die Stadt hier gerade Neubauten macht, über 20 Arbeiter und Angestellte hatten in Wert ihre Beschäftigung gefunden.

Salle. Von der Hochzeitsfeier in der Saale. Nachts sprang eine junge Frau von der Brücke am Neuwert in die Saale. Sie kam mit ihrem Mann gerade von einer Hochzeitsfeier zurück und entließ sich mit einem anderen Begleiter unermutet. Ehe die beiden im Dunkel der Nacht wieder finden konnten, war das Unglück schon geschehen. Der Besinnung konnte noch nicht gebrungen werden. Wie verlautet, hat die Unglückliche die Tat längst geplant und auch schon mehrfach verübt, sich das Leben zu nehmen. Sie ist früher einmal die Treppe heruntergefallen und lag sich dabei eine Stunde in den Kopf geschlagen. Seit dieser Zeit litt sie an ununterbrochenen, aussergewöhnlich heftigem Kopfschmerz, der noch auf die leinerezeit erfolgte Verletzung zurückzuführen ist. Hierin dürfte wohl der Grund der verzweifelten Tat zu suchen sein, für die an dem tragischen Abend irgendein äußerer Anlaß nicht vorlag.

Salle. In der Jahreshauptversammlung des Saale-Nachrichtendienstes wurde der Bericht des Vorsitzenden vom 1. November mit 150.000 Mark. Das kommt einem Rückgang um 70.000 gegenüber der Vorwoche gleich.

Wennewitz. Ist das eine Totenehrung? Auch in diesem Jahre wurde am Totenfest festgestellt, daß die „Am Bierweg“ stehenden Blumensäulen durch Blumen und Weizen in zwei Reihen erheblich vermindert sind. Man hat wahrscheinlich das gefüllene Gein vernichtet, um daraus Kränze zu herstellen.

Yena. Um die in a lischen Theater zu schließen. Vor dem Schluß der Theaterarbeiten werden am 9. Dezember auf Antrag der Stadt Weinigen Verhandlungen über die Frage stattfinden, in welchem Umfang das Land Thüringen auf Grund der Auseinandersetzungsverträge verpflichtet ist, die Theater zu unterstützen zu unterstützen. Weinigen hat den ihm auferlegten Beitrag für sein Theater abgelehnt und will nunmehr eine Entschädigung des Staatsgerichtshofes herbeiführen.

Saalfeld. Ein tragisches Geleise ereilte in Probitzfeld den Holzhauer Georg Beck aus Marienroth. Durch herabrollendes Geleise wurde er im Eintrich erschlagen. Seine Arbeitskollegen konnten ihn nur als Leiche hervorziehen.

Wittenberg. Die Kriemhild des ermordeten Gutsherrn Rod in Humpel, die bisher nicht ansichtig gemacht werden konnte, ist der Wäcker gerathen hatte, ist nunmehr auf einem Geleise gefunden worden. Sie war leer.

Gotha. 25. November. Das Hofbanhaus vor Wälder hat im Interesse seiner Angehörigen sich gewannen gesehen, mit heutigem Tage die Schalter zu schließen und beim Amtsgang die Gotha die Gründung des Verbands der leitenden Kreisbau Beamten der Provinz Sachsen und des freilandes Anhalt. Zur Schließung fanden vor allem die wirtschaftlichen Verhältnisse und Verwaltungsträger. Besonders interessiert der Vortrag des Kreisbauleiters Anders, Langensalza, da dessen Verträge hinsichtlich des Baus von Leertstrassen außerordentlich gute Ergebnisse gehabt haben und damit dem Kreis in einem geradezu außerordentlichen Straßennetz verhalten. Bei einer Rundfahrt durch den Kreis konnten die Teilnehmer feststellen, daß die Kreisstrassen tatsächlich in außerordentlichem guten Zustande sind, was z. B. bei den Provinzialstraßen wohl kaum immer zutrifft.

Gräfenthal. Die Landesbrandversicherungs-expansion hat ein Einleben. Bekanntlich hatte die Thüringer Landesbrandversicherungsanstalt in Gotha unter der Begründung, die zahlreichen Schadenfeuer in Gräfenthal fast ausschließlich die Jungmännchen, die Brandversicherer für ihre hier laufenden Versicherungen um 100 Prozent erhöht. Den Bemühungen der Versicherer ist es nunmehr gelungen, die Zurücknahme der Verfügung zu erwirken. Vom 1. Dezember dieses Jahres an werden also wieder normale Beiträge im Gebietsversicherungsstellen in Kraft treten.

Meißen. Die Erparnisse der Schulfinder geschlossen. Zur Nachtzeit drangen Diebe in das Haus des Lehrers Gäncke ein. Die Diebe beseitigten ein Kellertent und kamen von Keller in die Wohnstube, wo sie mehrere Wirtschaftgegenstände mitgehen ließen und außerdem etwa 400 Mark Spargelbater der Schulfinder, die in einem Schrank verwahrt waren. Von den Dieben, die auf demselben Wege, auf dem sie geflohen, das Haus verließen, hat man bisher noch keine Spur finden können.

Struth. Verzeihungsstat um 300 Mark. Dem 77 Jahre alten Gelegenheitsarbeiter Jakob Raupert waren von einem unbekanntem Dieb seine Erparnisse in Höhe von etwa 300 Mark geraubt worden. Aus Verzeihung über diesen Verlust verweigert er jeglichen Leiden durch Erhängen ein Geleit zu machen. Seine Angehörigen konnten ihn jedoch ins Leben zurückzuführen.

Müßersleben. Autotragen am Sarzand. Das Reichsverkehrministerium beschäftigt, große Automobile durchgangsstraßen im ganzen Reich anzulegen, deren Kosten das Reich trägt. Man nahm allgemein an, daß er sich auf Stellungsfrage befände. Da er aber nirgendwo anzutreffen war, wurde eine Durchsicht des ganzen Reichslands des Dienstherren vorgenommen, und nun hat man der Geschäftsführer erbängt in einer Ecke des Neubodens aufgefunden. Der Vater des Geschäftsführers ist vor 20 Jahren auf die gleiche Weise in den Tod gegangen.

Großkubars. Flucht vor der Not. Seit einer Reihe von Tagen war ein Zwähriger Geschäftsführer verschwunden, den von seinem Dienstherren zum 1. Dezember gekündigt worden war. Man nahm allgemein an, daß er sich auf Stellungsfrage befände. Da er aber nirgendwo anzutreffen war, wurde eine Durchsicht des ganzen Reichslands des Dienstherren vorgenommen, und nun hat man der Geschäftsführer erbängt in einer Ecke des Neubodens aufgefunden. Der Vater des Geschäftsführers ist vor 20 Jahren auf die gleiche Weise in den Tod gegangen.

Aus Nah und Fern.

Wanzenstein. Diebe beim — Gendarmen. In Jenersbach wurde aus der Wohnung des Gendarmenrichters seine Dienstwaffe, eine Dreipistole mit zwei Magazine und zehn Schuß scharfer Munition gestohlen. Der Täter ist unbekannt. Ein ebenfalls noch nicht ermittelter Dieb hatte schon vorher in Wanzen auf den unverschlossenen Wohnung eines Polizeibeamten eine Dreipistole mit Magazine und sieben Patronen entnommen.

Nabeberg. Verarbeitete Sammelfischerei. In den Kirchen von Kleinwolmsdorf, Schönborn und Stolpen sind in der letzten Zeit die Sammelfische aufgetrieben und ihres meist geringen Inhaltes beraubt worden. Auf dem Bahnhof Ansbach haben noch unbekannte Täter die Autos an den Abfahrräten erbrochen und geplündert.

Freiberg. Erhöhte Preise für Gas und elektrischen Strom. Der Stadtrat genehmigte die Aufnahme einer Anleihe in Höhe von 500.000 Mk. bei der Kreditanstalt für ländliche Gemeinden. Zur Deckung des Defizits in Haushalte soll der Preis für Gas und elektrischen Strom um 5 Prozent erhöht werden. Für Wohnungen mit einer Heizleistung über 300 Kw. soll eine Erhöhung der Heizkosten eintreten. Der Vertrag über die Zuzugsanleihe der Freiburger Gaswerke kammen wurde mit einigen Änderungen genehmigt. Von dem Rathaus soll wieder, wie in den letzten Jahren, ein Weihnachtsbaum für alle zur Aufstellung gelangen.

Sohnlein-Grünthal. Gebenbet und — getötet. Am 21. des Monats vor Sonnabend in Gersdorf ereignete sich ein schwerer Unfallfall, der ein Menschenleben forderte. Der in Oberlungwitz wohnende 70 Jahre alte Wilhelm Reich wurde von einem Auto gefahren, so daß er vom Fußsteig abwich und direkt in ein hinter ihm kommendes Auto fiel. Er wurde überfahren und schwer verletzt in seine Wohnung gebracht, wo er seinen Verwundungen erlag.

Wien. In der Bademann umgelommen. Die 57jährige Hausangestellte Eva Rabe nahm im Badezimmer ihrer Herrschaft ein Bad. Dabei wurde das Wäderschloß wahrscheinlich von einem Unvorsichtigen geöffnet, denn man fand sie noch ertrunken in der Wanne.

Neustadt. Gelehrliches Spiel mit dem Jagdgewehr. Auf der verkehrsreichen Dresdener Straße ereignete sich ein schwerer Unfall, dem ein sechsjähriger Knabe zum Opfer gefallen ist. Beim Herannahen des Kraftwagens einer großen Limousine, rannte das Kind plötzlich nach über die Straße. Trotzdem der Wagen sofort zum Stehen gebracht wurde, wurde das kleine Kind noch erlegt, es prallte mit dem Kopf gegen den rechten Scheinwerfer und wurde überfahren. Der Tod trat auf der Stelle ein. Wie sofortige Feststellungen der Kriminalbeamten ergaben, ist der Kraftwagenführer an dem Unfall schuldlos.

Bremen. Durch Kaufschiff in den Tod. Auf einer Bank im Wallerplatz fand man einen Toten und einen Ertrinkenden, die zu kurze Dosen Heroin zu sich genommen hatten. Es handelt sich um zwei einwöchige junge Leute, von denen einer drogt war. Dieser hatte aus den Beständen seiner Droge ein Glaschen Heroin unbefugt entnommen und war auf den Gedanken gekommen, die ihm aus Romänen bekannte betäubende Wirkung dieses Kaufschiffes an sich selbst auszuprobieren. Er ergab sich seinem Freunde von der Sache und bewog diesen, den Versuch mitzumachen. Der Ertrinkende wurde noch mühsam und kostwede die Leichname mit dem Heroin zu erzählen. Sein Zustand ist hoffnungslos.

Straubing. Todesfahrt zweier Betrunkener. Ein geistesgestörtes Alois Reif und Alois Haller aus Günning nahen nachts in betrunkenem Zustande von Straubing nach Jauring. In einer Einfahrt gerieten sie an einen Steinhaufen und dem an einen Baum. Die beiden Fahrer wurden fürchterlich zugerichtet. Ihr Tod muß auf der Stelle eingetreten sein.

Kommunale Anleihepolitik — Gerechter Lastenausgleich.

Am 27. November treten im Landkreishaus in Berlin die Vorstände des Reichsverbandes und des Deutschen Landkreistages erstmalig zu gemeinsamer Sitzung zusammen. Ueber die Fragen des kommunalen Kredits und der Anleihepolitik wird Präsident Meiner von Deutschen Sparfonds- und Giroverband referieren. — Der Reichsfinanzminister stellt im Mittelpunkt der Beratung, für Reich und Gemeinde ist die zukünftige Regelung der Volksschulden in Form von weittragender Bedeutung.

Explosionsunglück in Ehen.

Auf dem Weberplatz in Ehen ereignete sich am Montag, als gerade Nacht abgelauten wurde, eine schwere Explosion. Mit furchtbarem Getöse löste ein massives Haus plötzlich zusammen. Bis zu hundert Metern weit flogen Steine, Holz und Gipsenteile, durch die Luft aufgedreht, umher. Auch die benachbarten Häuser wurden schwer in Mitleidenschaft gezogen. Neben sämtliche Fensterbänke wurden zertrümmert! Einzelne Gebäude wurden dadurch beschädigt, daß schwere Steine es zusammenstürzten. Gebäudes in die umliegenden Wohnungen und Läden niederstürzten. Aus den Trümmern wurden zahlreiche Verletzte und ein Toter geborgen; von den Schwerverletzten sind zwei inzwischen gestorben. Die Untersuchungen über die Ursache der Explosion haben noch kein einwandfreies Ergebnis geliefert.

Festnahme der Duder Mischlinge befristet.

Wensberg (Weißfalten), 27. November. Wie das Landratsamt in Wensberg auf Anfrage mitteilt, handelt es sich bei den Verbrechen, die nach einem Mischlingsfall in Wensberg in Weßfalten festgenommen wurden, tatsächlich um die beiden am Anfang aus der Strafanstalt Wuch bei Berlin entwichenen Schwerverbrecher Georg Garde und Walter Diezmann.

Frieden im Braunkohlen-Bergbau.

Salle a. d. S., 26. November. Der von der Schlichterkammer im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau am 23. November gefällte Schlichtungsbescheid ist von der Arbeitgeberseite im Interesse einer ungehinderten Verjüngung der Bergbauindustrie angenommen worden.

Vor der Weibe beschmutztes Ehrenmal.

Yena, 26. November. Bei der Weibe des auf dem Saitenwerk verstorbenen Ehrenmals für die Gefallenen der Stadt Yena mußte man die Entdeckung machen, daß das Bauwerk von Vandalenhand beschädigt worden war. In der Nähe der Kirche ist die Ringmauer mit roter und schwarzgrauer Farbe beschmutzt worden. Trotz aller Antragsungen ist es nicht gelungen, die Farbenflecken nach der Einweihung völlig zu beseitigen. Die beschädigten Stellen mußten mit Zementfliesen zugedeckt werden. In seiner Rede drückte der Oberbürgermeister der Stadt tiefes Bedauern aus über aus, daß es in der Einwohnerstadt Yena keine gebe, die zu einer solchen Tat fähig waren. Die Polizeiverwaltung hat auf die Entdeckung der Täter eine Belohnung von 300 Mark ausgesetzt.

Frankfurter Bankier in Prag verurteilt.

Prag, 26. November. Der Frankfurter Bankier Siegfried Sauerberg stand wegen Dokumentenfälschung und Falschmeldung erneut vor Gericht. Sauerberg hatte sich hier als Rudolf Seeger angemeldet und führte einen auf diesen Namen lautenden Pass bei sich. Die Photographie war ausgemesselt und der Stempel des Frankfurter Postamtes konnte das Schreiben nicht als authentisch erkennen, daß das dreiwöchige Untersuchungsamt wird angerechnet. Nach Verhängung der Strafe erfolgt die Ausweisung aus dem Tschechoslowakei.

Stelzer in der Heilanstalt.

Vorläufig zur Beobachtung. — Düsseldorf, 27. November. Nachdem Stelzer, der der Düsseldorf-Wörter verdächtig war, aus der Haft entlassen und der Weimarer Polizei überwacht worden war, ist er nach am gleichen Tage von Kreisarzt unterstellt worden, der seine Weiterführung in die Heil- und Pflegeanstalt Grauberg zur Beobachtung seines Geisteszustandes verurteilte. Da er dauernd dort untergebracht werden soll, wird von dem Ergebnis dieser Beobachtung abhängen.

Revolveranschlag in St. Peter zu Rom.

Die Täterin festgenommen. — Rom, 27. November.

In der St. Peters-Kirche hat sich ein aufsehenerregender Vorfall ereignet. Als die Glocken sich nach der Messen aus der Sporkapelle im Zuge in die Sakristei begeben, verschlug eine junge Schwedin, den Bischof Smith zu erschlagen. Sie sog plötzlich einen Revolver aus der Tasche und drückte dreimal hintereinander ab. Die Waffe verlor sie jedoch.

Monsignore Prinz Georg von Bayern, der ebenfalls Chorherr von St. Peter ist, entwarf die Angelegten. Die Schwedin hatte keine Ausweisle bei sich und lehnte im Verhör jede Auskunft ab. Eine Untersuchung des Revolver ergab, daß er mit sechs Patronen geladen war, von denen drei Verlager aufwiesen.

Bischof Smith erkannte die Täterin als die Schwedin Gudrun Margarete Namiat, die sich seit einiger Zeit in Rom aufhält und als Söldnerin tätig ist. Sie war mittellos und hatte sich an den Bischof Smith mit einem Eruchen um Stellenvermittlung gewandt. Smith hatte ihr versprochen, sich umzutun, bisher aber keine Beschäftigung für sie gefunden.

Anschließend hat sich die Schwedin an dem Bischof rächen wollen, weil er sich nach ihrer Ansicht nicht genügend ihrer angenommen hat. Nach den bisherigen Feststellungen handelt es sich um eine Geistesgestörte. Diese Ansicht vertritt auch der vatikanische „Dizionario Romano“, der nur ganz kurz über den Vorfall berichtet. Smith ist in Deutschland geboren, war früher in Utrecht, Emden und später apostolischer Vikar von Strassburg. Er war kürzlich erst zum Kanonikus von St. Peter ernannt worden. Es wird ansehend nicht beabsichtigt gegen die Schwedin ein Verfahren einzuleiten. Man nimmt an, daß sie von den vatikanischen Behörden den italienischen Behörden übergeben und von diesen nach Schweden abgeholt werden wird.

Kleine Chronik.

Der Komalst-Prozess in Warschau. Vor dem Warschauer Kartellhof hat der Berufungsprozess gegen den bekannten Mariawitens-Episkopat Komalst begonnen. Das Verfahren findet hinter geschlossenen Türen statt, da der Episkopat über die Anklage fiktiver Verbrechen gegen junge Mädchen steht. Das Jugendverhör läuft mehrere Tage dauern. Der Angeklagte hat von seinem Recht Gebrauch gemacht, persönlich nicht vor Gericht zu erscheinen. Er wird durch drei Rechtsanwältinnen und den Mariawitens-prozessor vertreten.

Balkanausflug im Kaukasus. Nach Meldungen aus Moskau hat ein 90 Kilometer von Batum und unweit der im Van befinnlichen Station der Kaphtalstung Batum-Batum, Mchitar Chatschigmas, gelegener Luftlinie seine Tätigkeit wieder aufgenommen. Die mächtige Feuer- und Lavaväule erreicht eine Höhe von über 100 Metern.

Bei einer Hochzeitsfeier niedergebroschen. Einen traurigen Ausgang nahm eine polnische Hochzeitsfeier in der Umgebung von Warschau. Dem polnischen Brautpaar zufolge wurden beim Verlassen der Kirche einige Revolververstecke abgegeben. Es ist jedoch üblich, nur fünf zu schließen. Das Unglück wollte es aber, daß der Revolver des Bräutigams in der Kirche geladen war. Als das Brautpaar in Begleitung der Schwägerinnen die Kirche verließ, trat plötzlich ein Schuß ein, und die Mutter des Brautpaars wurde schwer getroffen. Der unfreiwillige Mörder wurde sofort verhaftet, während die Schwägerinnen in lebensgefährlichem Zustand ins Krankenhaus eingeliefert wurde.

Weibe und gefundene Zähne. „Da ich schon fast 70 Jahre meine Zähne mit einem hochgeschätzten „Clorodont“ und „Zeder Chlorodont-Zahnpulver“ pflege, so will ich Ihnen meine Anerkennung für Ihre Präparate ausdrücken, denn meine Zähne sind so weiß und gesund, daß mich meine Freunde und Bekannten darum beneiden.“ (Gz. Karl Klein, Giesberg, Saar.)

Wirtschaftsumschau.

Die jammernde und genötigte Wäre. — Soffnungen, die unerfüllt bleiben. — Das ausbleibende Auslandsgeld. — Wachsende Arbeitslosigkeit. — Beginnende Lohnkämpfe.

Die Berliner Wäre hat auf die Kommunalwahlen bitter reagiert. Sie hat, obwohl der Diskont herabgesetzt worden ist, keine guten Tage. Noch eine härtere Prüfung brachten nun die Wahlresultate. Ob es richtig ist, von einer weiteren Diskontermäßigung eine härtere Anregung zu erwarten, weiß selbst der einseitigste Berliner nicht. Aber er nimmt jede Frage an, weil Anregungen gebraucht werden und so selten sind. Man spricht von der Absicht einer neuen Diskontermäßigung, aber es ist wahrscheinlich, daß die deutsche Reichsbank dem Vorgehen anderer nicht weiter folgen wird. Die Stimmung ist jedenfalls wieder auf den Fallpunkt gelangt, nach dem sich ergeben hat, daß das Auslandsgeld nicht so bereitwillig nach Deutschland fließt, wie es aus einigen günstigen Verhandlungen und einigen Tagen größerer Flüssigkeit geschlossen werden konnte.

Spricht man von Kreditmöglichkeit, so wird man anwillkürlich sofort an den Automarkt denken, denn hier spielen die Kredite eine wesentliche Rolle. Es heißt, das Auslandskapital bringe immer mehr in diese Industrie. Aber wir haben eine Menge anderer Industrien, die vielleicht noch mehr „überfordert“ sind, wenn es auch abgelehnt wird. Obwohl Amerika heute nicht mit Krediten einströmen kann, obwohl es sich hart im Interesse an deutsche Unternehmungen juridisch, sind, wie eine Aufstellung beschränkt, gerade in letzter Zeit still und leise einige Transaktionen zustande gekommen, die Interessenahme des Auslandes an deutschen Fabriken erkennen lassen. Freilich an der Wäre hat man nichts merken können, daß Auslandsnachfrage nach deutschen Papieren auftrat. Wenn auch der Auslandsmarkt eine kleine Erweiterung der Ausfuhr zuließ, so bleibt die Produktion immer noch stark beengt, infolge der weiter schwachen Kaufkraft im Innern. Ob und in wie weit eine optimistische Stimmung gut Wetter für den Export und eine bessere Konjunktur anfangen, indem sie von der bereits eingeleiteten günstigeren Lage spricht. Man fühlt aber stets sehr bald, daß nur der Wunsch der Vater des Gedankens sein muß. So lange die Masse der Konjumenten mit den Mitteln eingeschränkt ist, kann sich eine Belebung des Absatzes nicht erheben. Und woher sollte der Konjument plötzlich den Mut zu größeren Käufen nehmen? In wie weit Einkommen hat sich nichts geändert? Die Enge der Verhältnisse wirkt drückend, so drückend sogar, daß selbst die Kreditgeschäfte klagen. Nachdem zunächst etwas reich auf Kredit getauft wurde, zeigen die Käufer, da sie einmal zahlen müssen, größere Zurückhaltung. Selbst jetzt, da das Verlehnungsgeschäft beginnen soll, ist der Mut nicht genügend. Die Lagen sind wohl gerettet, die Käufer aber selten.

Überlegen wird, daß auch in dieser Woche wieder mehrere und empfindliche Zahlungseinstellungen befallend auf die Wirtschaft fielen, lassen wir die Statistik beiseite, die uns allzuoft beweist, daß die Zahl der Kontofälle und Zwangsversteigerungen ständig zunimmt. Sehen wir selbst über die unheimliche Ereignisliste hinweg, daß Banken mehr als gut ist, sich zahlungsunfähig erklären. Wir gehen dem Winter entgegen und haben bereits jetzt eine runde Million Arbeitsloser. Eine Zahl, die selbst in der befürchteten Stelle nicht erwartet wurde und sich bedrückend auswirkt. Und in solcher Situation im mitteldeutschen Bergbau eine Lohnbewegung einleiten konnte, hält man für kaum glaubhaft. Das merkwürdige ist dabei, daß die höheren Lohnforderungen auch damit begründet werden, daß es der Kohlenindustrie sehr gut ginge, daß sie also sehr gut verdient habe und folglich mehr zahlen könne. Wie, wenn überall, wo gerade eine glänzende Konjunktur ein Gewerbe bevorzugt, überall die Angehörigen und Arbeiter die Forderungen daraus zögen, daß sie von den Gewinnen etwas abhaben müßten. In Fällen, wo vielleicht eine solche Beschränkung vorliegt, mag eine solche Forderung verständlich sein. Die mitteldeutschen Bergleute aber können nicht klagen, denn einmal haben sie Dauerbeschäftigung, und so kann ein Einkommen, das der Geschäftler bei der letzten Lohnbewegung schon reichlich hoch bemessen hat. Wie sich diese Lohnbewegung auswirken wird, läßt sich noch nicht übersehen. Man muß die Beirückung haben, daß gerade in der Zeit größter Kälte ein Streik auftreten kann.

Die Tascheln bleiben Ausdruck der Zeit: Geld und Kreditmangel. Die Wäre des Konjunktur, wachsende Arbeitslosigkeit und wenn man allzu deutlich beachtet gleiche wiederholen müßte, und wenn man Spätschmerzen begegnet, wir kommen über diese Tascheln nicht hinweg. Und wenn man den Zeitgeist in Einzelheiten verlieren läßt, wie man ihn gibt, wie man ihn hält: es ist notwendig, daß eine Befreiung der Wirtschaft von oben ausgeht, durch Herabsetzung der Steuern, durch Abfederungen, durch Erweiterung des Auslandsmarktes.

Berliner Ereignisse.

Verhaftung der Bucher Ausreißer.

Die in der vorigen Woche aus der Anstalt Buch geflüchteten Georg Garde und Walter Viehweg konnten jetzt endlich gefaßt werden. Drei bemäntelte Männer waren in die Kassenräume eines Wäres (Kreis Ansbach) eingedrungen, hatten die Angehörigen mit Revolvern in Schach gehalten und 600 Mark geraubt. Auf der Flucht kam es zu einem lebhaften Feuergefecht zwischen den Verbrechern und den Verfolgern, bei dem einer der Räuber erschossen wurde. Der zweite wurde schwer verletzt, der dritte erlag sich. Die Berliner Kriminalpolizei hat sich sofort mit den dortigen Behörden in Verbindung gesetzt und festgestellt, daß der Schwerverletzte und der sich freiwillig Ergabende ohne Zweifel Garde und Viehweg sind. Garde ist ja in jener Gegend beheimatet und wußte daher Befehl. Welcher von ihnen nun die Verletzung davongetragen hat, ist noch nicht bekannt. In dem Verhörgebnis wird der Verlehnung bei dem Ausbruch, der Schwerverbrecher Wäher, vermutet.

Ein großangelegter Wetzungs.

Nachts machte eine verwegene Eindreherkolonne, die mit den modernsten Eindrehwerkzeugen ausgerüstet war und auf das tailliertere arbeitete, einen großangelegten Wetzungs durch das Geschäftshaus Leipziger Straße 110. Die Täter hatten insgesamt vier Geschüßten im dritten und vierten Stockwerk des Gebäudes unerwartet gefaßt ab. Aus dem Pelzwarengeschäft Gebr. Zetler im dritten Stockwerk, auf das sie es offenbar in erster Linie abgehen hatten, raubten sie Pelze im Werte von über 10 000 Mark. Den Verlehn, in die Räume der Berufs-Schule, die im zweiten Stockwerk des gleichen Hauses untergebracht sind, einzudringen, mußten die Verbrecher aufgeben.

Spargelder

verzinst zu günstigsten Sätzen

Bankverein Artern, Spröngerts, Büchner & Co. Abtlg. Nebra a. U.
Kom.-Ges. auf Aktien,

4 Werbetage 4

in **Kaffee**
und **Tee**

Von **Donnerstag, den 28. Nov.**
bis einsch. **Montag, den 2. Dez.** erhalten Sie
beim Einkauf von

1 Pfd. Kaffee oder **1 Weindrömer**
1/2 Pfd. Tee beim Einkauf von
1/2 Pfd. Kaffee oder **1 Gummiball**
1/4 Pfd. Tee oder **1 Goldrandtasse**
gratis!

Hamburger Kaffee-Lager
Gustav Baresel
THAMS & GARFS
Nebra Niederlage Nebra

Hotel u. Café, Zur Burg

Sonntag

Kaffeekränzchen

Es ladet freundlichst ein Oswald Möder.

Schützenhaus Nebra Thüringer Operetten-Theater

Am **Freitag, den 29. November, abends 8 1/2 Uhr**
Freitag Operettenabend:

Der Soldat der Marie

Operette in 3 Akten von Leon Uffler.

Schauspieler: Es macht der Jugend goldne Zeit; Abschied nimmt Marie, Mariett, Mariann; Du bist meine Freude; Spiegel, Spiegel in meiner Hand; Der Soldat der Marie; Wenn die Wellen wieder spielen; Tzenen, ja welche Lust; usw.
Eintrittspreis (im Vorverkauf in W. Scharfs Buchhandlg.):
Spererh (num.) 1,20 M., 1. Platz 1,— M., 2. Platz 70 Pf.
An der Abendkasse 20 Pf. Ausverkauf auf alle Plätze.

Merk dir zwei Wörtchen — einprägsam

Der Deutsche Rundfunk

- das beste Programm

Die größte Funkzeitschrift — bringt wöchentlich alle ausführenden Programme der in- und ausländischen Sender

Heft 50 Pf., Monatsbezug RM 2.— / Man bestell beim Postamt od. einer Buchhandlung / Probeheft umsonst vom Verlag Berlin N 24

Wer verkauft

Wohn- oder Geschäftshaus, Villa, Landwirtschaftl., Gäßhof, Fabrik oder sonst. Betrieb, auch Wätereien. Sol. Angebote an S. Wils, Varentin, Jamburg, Glodenebermal 16.

Kupferkessel

liefert günstig
R. Barthel.

Gute Tafeläpfel, Korbirnen,

bl. Moh, weiße Bohnen
gebe auch in kleinen Pöfen ab.

Karl Pfingst.

Spielkarten

hält vorzüglich
Walter Scharf.

Spielwaren Emaille-, Porzellan- und Glaswaren

empfehl
Berth. Brückner
Weinbörserstraße.



Musik! Musik!

Ihr geehrten Einwohnerschaft
von Nebra und Umg.
zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich ab
25. November 1929 das

Musikgeschäft in Nebra

von Herrn Musikdirektor Wächer in Nebra abgelehnt übernommen habe und unter **Nr. 189** an das Telefonnet Nebra angeschlossen bin. Da meine Kapelle geschlossen von Wäher nach Nebra kommt, werden

sämtliche Musikaufträge,

welche mir zugehacht sind, schon jetzt

fortgeführt angenommen.

Für eine **wirklich gute Musik** werde ich

stets Sorge tragen.

Mit der Bitte, mein Unternehmen gütigst unterstützen zu

wollen, gelte
hochachtungsvoll
Curt Stein, Kapellmeister.



Ein **hilfreicher Freund**
für Ihr ganzes
Leben ist
DER GROSSE BROCKHAUS
HANDBUCH DES WISSENS
IN 30 BÄNDEN

mit über 200 000 Stichwörtern auf etwa 4500 Seiten,
über 1750 Abbildungen sowie 210 Karten und Plänen.

Band III soeben erschienen

Das zuverlässige Nachschlagewerk der Jetztzeit

Das volkstümliche Bilderwerk

Der neue Weltatlas

Das Fremdwörterbuch

Der praktische Ratgeber in allen Dingen des

täglichen Lebens

Monatlich nur wenige Mark, wenn jetzt bestellt

letz noch Umtauschmöglichkeit für alte Lexika

Verlangen Sie noch heute von Ihrem Buch-

händler oder direkt vom Verlag **Antoni Frey** und

zölig **unverbindlich** für Sie die angelegte und

reich illustrierte Broschüre:

Der Große Brockhaus neu von A—Z

F. A. BROCKHAUS / LEIPZIG

Drucksachen

liefert **prompt** und **preiswert** die **aller Art** für alle Geschäftszwecke für jeden Privatbedarf in besten Ausführungen

Buchdruckerei Wilh. Sauer

Nebrer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erhebt wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenslagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Köthen.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Köthen.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weiss, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Köthen Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22332

Anzeigen lösen: die 48 mm breite Millimeterzelle 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzelle im Restamt 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Banverein Artern.

Nr 141

Donnerstag, den 28. November 1929

42. Jahrgang

Ämtliches Ergebnis des Volkszählens.

Die Eintragungen in den Wahlkreisen.

Nebrin, 26. November.

Die nach den Feststellungen des Reichswahlprüfungsausschusses vorgenommenen 4 135 300 (gleich 10,02 Prozent) ungetragenen gültigen Eintragungen verteilen sich auf die einzelnen Wahlkreise wie folgt:

1. Ostpreußen 319 000 (23,79 Prozent)
2. Berlin 95 646 (6,21)
3. Weismann II 130 649 (10,16)
4. Weismann I 190 533 (15,00)
5. Frankfurt (Oder) 201 232 (19,05)
6. Bommern 385 737 (32,91)
7. Breslau 164 201 (16,31)
8. Bregenz 109 943 (13,92)
9. Oppeln 61 991 (7,53)
10. Magdeburg 181 437 (16,56)
11. Merseburg 174 341 (18,59)
12. Thüringen 241 378 (16,38)
13. Schleswig-Holstein 140 857 (13,53)
14. Meier-Gms 112 045 (11,71)
15. Oldenburg 134 532 (19,80)
16. Südbannover-Brannschweig 143 739 (11,04)
17. Westfalen-Nord 29 851 (3,85)
18. Westfalen-Süd 51 159 (3,19)
19. Seltener-Nassau 89 677 (5,45)
20. Köln-Norden 18 881 (1,81)
21. Koblenz-Trier 9916 (1,28)
22. Düsseldorf-Ost 29 370 (2,01)
23. Düsseldorf-West 35 412 (3,16)
24. Oberbayer-Schwaben 69 101 (4,29)
25. Niederbayer 19 522 (2,16)
26. Franken 215 070 (13,27)
27. Pfalz 18 601 (2,89)
28. Dresden-Bautzen 122 704 (3,45)
29. Leipzig 82 897 (5,08)
30. Chemnitz-Zwickau 198 449 (15,90)
31. Württemberg 110 546 (6,44)
32. Baden 33 008 (2,21)
33. Heilen-Darmstadt 27 700 (3,03)
34. Hamburg 35 650 (4,02)
35. Mecklenburg 122 752 (20,86) — Insgesamt 4 135 300 (gleich 10,02 Prozent).

Die zweite Haager Konferenz.

Verhandlungen über die Streitpunkte.

Nebrin, 26. November.

Die beteiligten Reichsdeutschen sind jetzt damit beschäftigt, das Ergebnis der Arbeiten der Organisationskommission zu prüfen. Von dem Streitgegenstand hängt es ab, über welche Angelegenheiten noch weitere Verhandlungen notwendig sind. Die Berichte über die Reichsbahn, die Reichsbank und die verpöblichen Einnahmen liegen den zuständigen Stellen vor; bei diesen Berichten wird es sich voraussichtlich nur darum handeln, daß die Reichsregierung die endgültige Formulierung prüft. Das Ausschusskomitee sagt jetzt noch und wird seine Arbeiten wahrscheinlich Ende dieser Woche beenden. Ueber die Verleihenbefugung der Internationalen Bank findet jetzt eine unerbittliche Prüfung statt.

Bei dem Komitee zur Liquidierung der Vergangenheit sind eine Anzahl sehr wesentlicher Differenzpunkte unerledigt geblieben. Dabei handelt es sich nicht nur um die Reparationen und nicht nur um die letzten deutschen Forderungen, sondern es sind weitere Fragen offen geblieben, die vor oder auf der Haager Konferenz geklärt werden müssen. Die deutsch-englischen Differenzen werden jetzt zwischen den beiden Regierungen verhandelt, und es ist nicht ausgeschlossen, daß sich die Reichsregierung ein Ausmaß der Gegenstände stattdessen. Die Entscheidung der liquidierten Reichsdeutschen befaßt die Reichsregierung sehr wesentlich, und so sehr auf der anderen Seite nationalpolitisch der Reichsregierung über die parlamentarische Behandlung der jetzt aktuellen außenpolitischen Fragen. Es ist danach nicht anzunehmen, daß im Plenum des Reichstags in nächster Zeit große außenpolitische Ausreden stattfinden werden. Auch der Reichsaussenminister Dr. Curtius wird vermutlich im Reichstag vorläufig nicht sprechen.

An der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags machte der Vorsitzende, Abgeordneter Scheidemann (Soz.), den Reichstag, die Tagesordnung infolgedessen zu ändern, daß zunächst nur die Verhandlungen im Haag besprochen werden sollen und die Polenfrage als besondere Verhandlungspunkt danach zur Erörterung gestellt werden soll. In diesem Sinne beschloß der Ausschuss, hierzu erlassene Verordnungen des Reichstags, Dr. Curtius, einen ausführlichen Bericht über die Haager Anzeiger-Konferenz und die weitere Entwicklung der Streitigkeiten zur Vorbereitung der Schlusskonferenz. Die Ausrede wurde durch umfangreiche

Reichsfinanzler und Fraktionsführer.

Parlamentarische Behandlung der außenpolitischen Fragen.

Nebrin, 27. November.

Der Reichsfinanzler hatte eine eingehende Besprechung mit den Fraktionsführern des Reichstags über die parlamentarische Behandlung der jetzt aktuellen außenpolitischen Fragen. Es ist danach nicht anzunehmen, daß im Plenum des Reichstags in nächster Zeit große außenpolitische Ausreden stattfinden werden. Auch der Reichsaussenminister Dr. Curtius wird vermutlich im Reichstag vorläufig nicht sprechen.

An der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags machte der Vorsitzende, Abgeordneter Scheidemann (Soz.), den Reichstag, die Tagesordnung infolgedessen zu ändern, daß zunächst nur die Verhandlungen im Haag besprochen werden sollen und die Polenfrage als besondere Verhandlungspunkt danach zur Erörterung gestellt werden soll. In diesem Sinne beschloß der Ausschuss, hierzu erlassene Verordnungen des Reichstags, Dr. Curtius, einen ausführlichen Bericht über die Haager Anzeiger-Konferenz und die weitere Entwicklung der Streitigkeiten zur Vorbereitung der Schlusskonferenz. Die Ausrede wurde durch umfangreiche



Die Regierung hat weitere Schritte für die Aufhebung der individuellen Bauernwirtschaft in der wolgadeutschen Republik unternommen. Wie amtlich gemeldet wird, erklärte Rykoff, der Vorsitzende einer besonderen Regierungskommission, die sich jetzt in Vorkonferenzen befindet, daß die Aufhebung der individuellen Bauernwirtschaft in der wolgadeutschen Republik hätte sich bereit erklärt, eine Kollektivbauernwirtschaft zu gründen. Mit dieser Maßnahme der Regierung hat sich selbstverständlich die Lage der deutschen Kolonisten, die befristet haben, in der Sowjetunion zu bleiben, weiter verschlechtert.

Der Rücktransport geht weiter.

Nach Moskauer Meldungen sind die Bemühungen der deutschen Botschaft in Moskau, die Lage der deutschstämmigen Kolonisten zu erleichtern, vorläufig ergebnislos verlaufen. Die DGBL hat mit dem neuen Generalkonsul des Augustinmilitärs der Sowjetunion mehr als 1300 deutschstämmige Kolonisten aus Moskau ausgewiesen. Sie werden nach den alten Heimatstädten zurückgeführt. Der Rücktransport erfolgt in Güterzügen zu je 200 Menschen in einem Zuge.

„Gegen den roten Imperialismus.“

Aufruf zum Kampf gegen Moskau.

Nebrin, 27. November.

Die Regierung hat an das chinesische Volk einen Aufruf erlassen, in dem sie dazu auffordert, sofort den Bürgerkrieg einzustellen und sich zur Verteidigung gegen den roten Imperialismus zu vereinigen. Die chinesische Regierung werde mit Rußland so lange keine Verhandlungen aufnehmen, als sich noch russische Soldaten auf chinesischem Gebiet befinden.

Unter Vorbehalt Tischangsaftigkeit fand eine Kabinettsitzung statt, die sich mit der russischen Offiziersbeschlüßigte General Tischangshuei verlangte durch seinen Vertreter, daß mit Moskau sofort Verhandlungen aufgenommen und die russischen Forderungen, die in der Note vom 31. Mai aufgeführt worden seien, angenommen würden. Tischangsaftigkeit erklärte, wenn die chinesische Regierung die russischen Forderungen erfüllt, so heißt das, daß China in seinem Kampf für die Selbständigkeit vollkommen die Russen getreut habe. Auf dieser Grundlage könne sich die chinesische Regierung mit Rußland nicht verständigen. Es würde nach auch die Verhandlungen über die Abhängigkeit der Exterritorialität in China zusammenbrechen. Die Beschlüsse des chinesischen Kabinetts sind noch nicht bekannt.

Wirkungen des Bannfrahls.

Bucharin, Axtow und Tomski unterwerfen sich.

Moskau, 27. November.

Bucharin, Axtow, Tomski und Ugarow haben dem Zentralkomitee der russischen kommunistischen Partei eine Erklärung überreicht, in der sie darauf hinweisen, daß seit anderthalb Jahren zwischen ihnen und der Mehrheit des Zentralkomitees in tatsächlichen und politischen Fragen Meinungsverschiedenheiten bestanden hätten. Ihre Anschauungen hätten sie in einer Reihe von Schriften und in Vorträgen des Zentralkomitees und der Zentralkontrollkommission vertreten.

Kammer hielt sie es für ihre Pflicht, zu erklären, daß in diesem Streit die Partei und das Zentralkomitee im Recht gemein seien. Sie von ihnen vertretenen Anschauungen seien falsch gewesen. Jetzt, wo sie ihre Fehler eingesehen hätten, seien sie bereit, mit allen Kräften mit der Partei jede Abweichung von der Generallinie zu bekämpfen und in erster Linie den Kampf gegen die Rechtsopposition aufzunehmen, um alle Schwierigkeiten bei dem sozialistischen Aufbau aus dem Wege zu räumen.

Milliardenkredite — in Frankreich.

Der Plan für die nationale Ausrüstung.

Paris, 27. November.

Zu dem vom Ministerpräsidenten und dem Finanzminister der Kammer vorgelegten Gesetzentwurf über die französische nationale Ausrüstung wird betont, dieses sei das erste Mal nach dem Ertrage, daß die französischen Finanzen es erlauben, einen festen Plan für die nationale Ausrüstung im Voraus festzulegen.

Der Plan sieht in erster Linie einen Kredit von 300 Millionen Franken für besonders gefährdete Landwirte vor, während 300 andere Millionen für die laufenden Vorkosten an Provinz- und kommunale Stellen zur Verfügung gestellt werden sollen. 450 Millionen sind für die Ausrüstung der großen landwirtschaftlichen Wege vorgesehen und 150 Millionen für Wege zweiter Ordnung in der Provinz. Der größte Teil des übrigen Geldes soll zur Verbesserung und zum Ausbau des Telephonnetzes verwendet werden, während ein anderer, nicht zu unterschätzender Betrag zum Ausbau von Krankenhäusern und zur Verbesserung der allgemeinen sanitären Lage der Bevölkerung Verwendung finden wird. 30 Millionen Franken sind außerdem für die Ausrüstung von Sportplätzen vorgesehen.

Rücktritt des belgischen Kabinetts.

... und die Haager Konferenz?

Nebrin, 27. November.

Das belgische Kabinet ist zurückgetreten.

Durch den Rücktritt des Kabinetts Japart ist eine sehr schwierige Lage geschaffen worden. Man rechnet damit, daß die Krise sehr lange dauern und den Beginn einer Zeit großer Schwierigkeiten und Gefahren für den Bestand des Staates bringen wird. Wallonen und Flamen werden in einen erbitterten Kampf eintreten. Die Flamen werden mit aller Energie ihre Sprachforderungen verfolgen. Dadurch wird eine Lösung der Krise besonders schwierig. Es läßt sich nicht erkennen, was für eine Regierung an die Stelle des Kabinetts Japart treten soll. Die Auflösung der Kammer liegt durchaus im Bereich der Möglichkeit.

Infolge der Krise wird Japart auch die Präsidenschaft der Haager Konferenz niederlegen. Es ist zweifelhaft, ob die neue Regierung so rechtzeitig gebildet ist, daß die Einberufung für die Haager Konferenz, die jetzt dem neuen belgischen Ministerpräsidenten vorbehalten bleibt, keine unerbittliche Verzögerung erleidet.

Ein Weg zur Verständigung?

Britische Note in der Eigentumsfrage.

London, 27. November.

Die britische Regierung hat im Hinblick darauf, daß die alliierten und deutschen Sachverständigen des unter dem Youngplan eingeleiteten Ausschusses zur Liquidierung der Vergangenheit sich über die mit der Frage des deutschen Eigentums zusammenhängenden Fragen nicht einigen konnten, beschloßen, in direkte Verhandlungen mit der deutschen Regierung einzutreten.

Man hoffte, daß vor dem Zusammentritt der Haager Konferenz ein Abkommen erreicht werden könne, das den Interessen des britischen Steuerzahlers Rechnung trage, auf der anderen Seite aber auch in Deutschland in gewisser Weise befriedige. Der deutschen Regierung sei daher eine schriftliche Darlegung des britischen Standpunktes unterbreitet worden, zusammen mit einer genauen Umschreibung der Zugeständnisse, die von ihr erwartet werden könnten. Auf diesen Schritt hin werde jetzt noch die Antwort der deutschen Regierung erwartet.

Rußlands Wortbruch.

400 deutsche Kolonisten zwangsweise nach dem Kaukasus geschickt.

Moskau, 26. November.

Die DGBL hat 400 deutsche Kolonisten festgenommen und sie wieder nach dem Kaukasus abtransportiert. Den Festgenommenen wurde erklärt, daß die Sowjetregierung keine Möglichkeit habe, ihnen Auslandsplätze auszuhandeln.